

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.
Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen



Rundbrief 1-2/2020

Diesmal u. a.:

- Klimawandel und Militär
- Flucht und Migration in Corona-Zeiten
- Ziviles Peacekeeping in aller Welt
- Initiative Sicherheit neu denken

Inhalt

Editorial.....	2
Solidarität oder Krieg als Antwort auf die Corona Pandemie?.....	3
Es wird heiß: Kein Frieden mit dem Klimawandel.....	5
Wir brauchen Seebrücken statt Grenzsicherungen	7
LOVE-Sturm – Start ins neue Jahr mit Fokus „Bildung“	9
Ziviles Peacekeeping in aller Welt Gute Praxis im Zivilen Peacekeeping.....	10
Türkei: Für einen gewaltfreien Widerstand für Gerechtigkeit und Frieden.....	12
Initiative „Sicherheit neu denken“ Sicherheit neu denken oder sozial verteidigen?.....	14

Impressum

Rundbrief Nr. 1-2/2020

Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden,
☎ 0571 29456 | 📠 0571 23019
✉ info@soziale-verteidigung.de
🌐 www.soziale-verteidigung.de
📘 facebook.com/BSV.Frieden
🐦 twitter.com/so_verteidigen

Spendenkonto

IBAN: DE73 4905 0101 0089 4208 14
BIC: WELADED1MIN

Redaktion und V.i.S.d.P.: C. Schweitzer

Gestaltung: Maryam Aliakbari

Druck: art & image Minden

Auflage: 4400, Erscheinungsweise vierteljährlich

Titelbild: © Birte Wibel, Frauennetzwerk für Frieden.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe 18. Mai 2020

Editorial

Liebe Leser*innen,

dieser Rundbrief war schon fertig gelayoutet und praktisch schon auf dem Weg in die Druckerei, als der Corona-Virus seine volle Wirkung entfachte. Unsere Tagung zu Klima und Frieden mussten wir, wie etliche Workshops und andere Veranstaltungen auch, absagen. Und diesen Rundbrief mussten wir aktualisieren und zwei Beiträge austauschen.

Darüber scheint schon fast vergessen, was uns noch vor wenigen Wochen bewegte: Das parlamentarische Debakel mit der Aufwertung der AfD in Thüringen, der sich immer schneller entwickelnde Klimawandel, der zum weitgehenden Ausfall des letzten Winters führte, die schrecklichen Brände in Australien, die Zuspitzung der Spannungen zwischen den USA und dem Iran, der Krieg in Syrien und der sog. „Friedensplan“ der USA für Israel, der jede Hoffnung auf Frieden in dem Land wohl zunichtemacht.

Wer hingegen dieses Jahr vermutlich die Sektgläser klingen lässt, das ist die Rüstungsindustrie. Denn nicht nur die Kriege, auch verschiedene Rüstungsvorhaben, von der Modernisierung der Atomwaffen, der Förderung von Rüstungsvorhaben durch die Europäische Union bis zum Beschluss der USA, wieder Landminen einzusetzen, werden sich in den Büchern der Unternehmen als Aufträge niederschlagen. Sofern nicht Corona und die zu erwartende Wirtschaftskrise sich doch noch auch in diesem Sektor auswirken werden. Aber NATO-Generalsekretär Stoltenberg hat schon gemahnt, die Regierungen sollten nicht ja auf die Idee kommen, an der Rüstung zu sparen ...

Wir wünschen allen Leser*innen eine gute Lektüre, bleiben Sie von Corona verschont, bewahren Sie Ihr seelisches Gleichgewicht und entdecken Sie neue Formen des Miteinanders, das ohne physische Nähe auskommt!

Christine Schweitzer
für das BSV-Team



Der Protest vor dem Africom in Stuttgart am 29. Februar während der Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden war wohl für längere Zeit der letzte öffentliche Protest der Friedensbewegung. Foto: Christine Schweitzer



Unsere Jahrestagung in Kassel fällt aus!

Solidarität oder Krieg als Antwort auf die Corona Pandemie?

Die Gesellschaften auf der ganzen Welt sind im Krisenmodus. Überall gibt es erhebliche Einschränkungen des gewöhnlichen Lebens. Auch BSV ist davon in vielen Bereichen unserer Arbeit betroffen: Mitarbeiter*innen arbeiten soweit es geht im Home Office, notwendige Treffen werden in Telefonkonferenzen umgewandelt, Bildungsveranstaltungen werden storniert und, wie schon in der Überschrift steht, mussten wir unsere Jahrestagung absagen. Gerade haben wir festgelegt, dass die sonst im Anschluss der Jahrestagung geplante Mitgliederversammlung jetzt zusammen mit dem Fachgespräch am 10. Oktober in Bonn stattfinden wird. Thema des Fachgesprächs wird Ziviles Peacekeeping sein.

Es fällt auf, dass bei großen Herausforderungen oder wenn entschlossenes Handeln nötig ist, viele Staatsmänner (ja, vor allem Männer) in eine militärische Sprache wechseln. Staatspräsident Macron kündigte die massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens mit den Worten an: „Wir sind im Krieg“. Olaf Scholz hat den Begriff „Bazooka“ für die großen finanziellen Hilfen, die jetzt nötig werden, geprägt. Auffallend positiv fiel dabei die Rede von Angela Merkel auf, die vor allem Solidarität in der Gesellschaft forderte. Tatsächlich sollte es viel mehr Berichte über Zeichen der Solidarität geben, wo Menschen sich in einer Krise eher gegenseitig helfen als sich bekämpfen. Da gibt es z.B. die Initiative, gestartet in Italien, zu einer bestimmten Zeit gemeinsam auf den Balkonen zu singen oder zu klatschen und so dem Pflegepersonal in den Krankenhäusern zu danken. Oder auf Facebook gibt es bereits Corona-Hilfegruppen in zahlreichen Städten, in denen sowohl Hilfe angeboten als auch nach Unterstützung gefragt werden kann. Auf Twitter finden sich unter dem Hashtag „Nachbarschaftschallenge“ Beiträge von Nutzern, die Menschen in ihrem Umkreis bei der Kinderbetreuung, beim Einkaufen oder anderen wichtigen Tätigkeiten helfen möchten. Statt auf die steigenden Infektionszahlen



© Privat

Autorin:
OUTI ARAJÄRVI
 Co-Vorsitzende des BSV



Die Ostermärsche, die dieses Jahr ihren 70. Geburtstag feiern, werden dieses Jahr nur virtuell stattfinden. Oder vielleicht doch nicht nur? Zu Ostern einkaufen gehen mit Friedensfahne über der Schulter als Schal und zwei Meter Abstand zu der Nachbarin oder dem Nachbarn?

Foto: Ostermarsch München 2006.
Foto: CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=829463>

zu starren, kann man auch registrieren, wie viele bereits wieder genesen sind (Stand heute 19.3.: 84.557 Menschen).

Auch die Friedensbewegung stellt sich um. Nicht nur gibt es viele Treffen per Telefon und Skype und Webinare (auch der BSV wird welche anbieten), sondern auch die diesjährigen Ostermärsche sollen zumindest virtuell und vielleicht auch öffentlich sichtbar doch stattfinden, nur halt nicht als Demonstrationen und Kundgebungen. Die Kooperation für den Frieden, der wir auch angehören, bereitet hierzu gerade Vorschläge vor. Bitte informiert Euch auf www.koopfrieden.de oder www.friedenskooperative.de



Vorlage eines Aushangs für die Nachbarschaft. Er kann hier heruntergeladen werden:
https://magazin.nebenan.de/assets/downloads/nachbarschaftshilfe_corona_virus_covid19_aushang_treppenhaus.pdf

Die Mega-Manöverübung „Defender 2020“, bei dem 20.000 Soldat*innen aus dem USA teilnehmen sollten, wurde wegen Corona beendet, bevor sie richtig los ging. Die noch auf dem Atlantik befindlichen Schiffe mit Truppen und Kriegsübungsmaterial haben die Order zum Umkehren zurück in die USA erhalten. Das ist doch eine gute Nachricht! Auch dem Klima tut es gut, dass kaum noch geflogen wird und Kreuzfahrtschiffe am Hafen bleiben. Die Satellitenbilder der NASA zeigen, dass in China die Luftverschmutzung über dem Land drastisch gesunken ist. Durch die staatlich angeordneten Fahr- und Reiseverbote sowie die umfassenden Quarantänemaßnahmen hatten viele Fabriken geschlossen. Ähnlich wird es wahrscheinlich in einigen Wochen über Europa aussehen.

Dabei ist es allerdings sicher, dass wir neben der Pandemie eine schwerwiegende Finanzkrise haben werden. Ihr Ausmaß ist derzeit noch gar nicht genau vorstellbar. Dagegen klingt es vielleicht beinahe nebensächlich, aber für uns ist es gravierend: Auch der BSV hat finanzielle Einbußen zu befürchten, denn allein die Stornierung der Jugendherberge in Kassel kostet uns ca. 3500 Euro. Außerdem ist vor allem LoveStorm von fehlenden Teilnehmendengebühren betroffen, wenn Trainings ausfallen. Dabei startete das Jahr gar nicht so schlecht, das Ostermailing „Ohne Waffen, aber nicht wehrlos!“ war verbunden mit der Verdoppelung jeder Spende bis 2000 Euro. Dieses Ziel haben wir in nur 7 Tagen erreicht! Das ist großartig, vielen Dank dafür. Diese Nachricht hat die Spenderin, die das „Matching“, wie die Verdoppelung im amerikanischen Fundraising heißt, veranlasst, weitere 1000 Euro zu verdoppeln. Wer es kann, könnte z.B. die Teilnahmegebühr für die Jahrestagung, die angefallen wäre, spenden.

Also beeile(n) Sie sich/Dich, damit die Spende doppelt so viel wird!

Und ganz allgemein: Es ist wirklich eher Solidarität nötig als Krieg. Physical distancing, nicht social distancing ist angesagt.



Protest der Fridays for Future. Fotos: © Birte Wibel, Frauennetzwerk für Frieden.

Klimawandel und Militär

Es wird heiß: Kein Frieden mit dem Klimawandel

Der Klimawandel wird mehr Konflikte schaffen, mehr Flüchtende und mehr Krisen verursachen; davor warnen viele Expert*innen schon länger. Nur ist es schwierig, diesen Zusammenhang direkt zu beweisen. Denn Konfliktursachen und Fluchtgründe sind immer sehr komplex und in jedem Land unterschiedlich. Eine weitere Frage ist, welche Rolle die westlichen Konsumgesellschaften dabei spielen und welche Verantwortung wir für die Entstehung der Konflikte im Globalen Süden tragen.

Eine Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung¹ hat herausgefunden, dass in Gebieten mit vielen unterschiedlichen Völkern aufgrund von Klimakatastrophen das Risiko für bewaffnete Auseinandersetzungen steigt. Die Analyse zeigt, dass in den 50 am meisten ethnisch zersplitterten Ländern nach Naturkatastrophen in 23% der Fälle Konflikte ausbrechen. Die Katastrophen lösen nicht direkt die Konflikte aus, aber es ist deutlich, dass sie in instabilen Verhältnissen ein großer Risikofaktor sind. Klimaveränderungen, die immer öfter zu schweren Naturkatastrophen führen, zu Dürre, Hitzewellen, Überflutungen usw., sind somit potenzielle Treiber für den Zusammenbruch von fragilen Gesellschaften. Zudem erhöhen Kämpfe um Ressourcen oder Macht, bedrohte Lebensgrundlagen, Armut und große Einkommensunterschiede ebenso das Konfliktpotenzial. Und meistens kommt der Klimawandel als konfliktverschärfender Faktor dazu. So wird z.B. Wasser immer mehr zu einer umkämpften Ressource.

Besonders in Afrika gibt es sehr viele Vielvölkerstaaten, auch als Folge der willkürlichen Grenzföhrung und Staatenbildung in der Kolonialzeit. Im Tschad z.B. hat der Klimawandel nach übereinstimmenden Berichten der Klimaforschung zum weitgehenden Austrocknen des riesigen Tschadsees geföhrt.

¹ Carl-Friedrich Schleussner, Jonathan F. Donges, Reik V. Donner, and Hans Joachim Schellnhuber: Armed-conflict risks enhanced by climate-related disasters in ethnically fractionalized countries. 2016



© Privat

Autorin:
OUTI ARAJÄRVI
 Co-Vorsitzende des BSV



GLOBAL 2000:
Spektakuläre Bildaktion
am Großvenediger
2013 forderte Einsatz
für mehr Klimaschutz,
Foto: Global 2000,
© Christoph Liebentritt,
CC BY-ND 2.0

Das hat die Lebensgrundlagen der Bauern und Bäuerinnen, Viehhirt*innen und Fischer*innen weitgehend zerstört. In dieser Region konnte dann die islamistische Terrorsekte Boko Haram zahlreiche junge Leute rekrutieren, mit der Konsequenz, dass 2,4 Millionen Menschen fliehen mussten.¹

Die Geschäftspraktiken der westlichen Unternehmen und damit auch unsere Konsumgewohnheiten wirken klimaschädlich und konfliktverschärfend. So führt z.B. der enorme Fleischkonsum im globalen Norden zur Rodung von riesigen Flächen des Regenwaldes für Sojaproduktion und nimmt Land in Anspruch, das nicht mehr zur lokalen Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung steht. Damit entstehen als Folge Konflikte und Auseinandersetzungen um Ressourcen.

Land Grabbing ist ein weiteres Beispiel von schonungsloser Verdrängung von lokaler Nahrungsmittelproduktion. Private Investitionsfonds aus Industrie- und Schwellenländern und staatliche Akteure sichern sich große Agrarflächen im Globalen Süden. Dort werden dann vorrangig Nahrungsmittel oder Energiepflanzen nur für den Export angebaut. Es werden nicht nur die traditionellen Exportwaren wie Kaffee, Kakao oder Bananen angebaut, sondern im großen Maßstab auch Weizen, Reis und Mais. Der globale Anstieg der Nahrungsmittelpreise und die Verknappung der Agrarflächen durch den Klimawandel haben die Landnahme drastisch beschleunigt und die Privatisierung von Land verstärkt; es sichert jetzt Profite und ist als Ware Teil des globalen Wirtschaftssystems. Der Weltbank-Ökonom Klaus Deininger schätzt, dass 10 bis 30 Prozent des global verfügbaren Ackerlandes Gegenstand von Verkaufsverhandlungen sind.² In vielen Ländern Afrikas und Asiens werden Ländereien gekauft oder verpachtet, auch in fragilen Staaten wie Mali und Äthiopien sowie in Ländern mit unsicherer Ernährungssituation wie Kenia, Sudan, Uganda und Myanmar.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, vor welchen Herausforderungen wir stehen, wenn wir neben „Klimaretten“ auch den Frieden sichern wollen.

„Die, die Perlen tragen, wissen nicht, wie oft der Haifisch ins Bein des Tauchers beißt“ sagt ein Sprichwort aus Abessinien (heutiges Äthiopien und Eritrea).

1 Olaf Bernau, Diskursive Apokalypse oder reales Schreckensszenario?, in Friedensforum 1,2019

2 Was ist neu an der Landnahme? <https://www.fdcl.org/themen/landnahme/info/was-ist-neu-an-der-landnahme>

Stadtverordnetenversammlung
in Minden.

Foto: Detlef Müller, Minden



Flucht und Migration in Corona-Zeiten Wir brauchen Seebrücken statt Grenzschießungen

Politisch, wirtschaftlich, sozial leben wir in einer hoch komplexen Gesellschaft. Global stehen wir vor Herausforderungen, die kleinteilig nicht zu lösen sind. Die großen Themen „Frieden“, „Gerechtigkeit“, „Ökologie“ stehen in einem weltweiten Kontext. Dabei ist eine der größten Herausforderung, den von den Vereinten Nationen beschlossenen Menschenrechten treu zu bleiben, und damit den Werten unseres Grundgesetzes und den Lehren aus unserer eigenen Geschichte.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ „Jede und jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.“ Für viele Flüchtlinge schöne Worte ohne Bedeutung! Immer mehr Menschen stranden an Europas Grenzen und müssen sich dort ihr Recht auf Asyl und auf eine menschenwürdige Behandlung erkaufen bzw. durch einen „illegitimen Grenzübertritt“ erzwingen. Auf der Flucht vor Bürgerkriegen, die als Stellvertreterkrieger immer brutaler werden, auf der Flucht vor religiöser Intoleranz und verweigerter Selbstbestimmungsrechte, zunehmend auf der Flucht vor den Folgen des Klimawandels, erfahren sie spätestens an Europas Grenzen, dass ihre Hoffnung auf ein Leben in Freiheit und Würde auf wenig Verständnis trifft.

Dies ist nicht hinnehmbar.

Mittlerweile haben 140 deutsche Städte erklärt: Wir wollen ein sicherer Hafen sein für Menschen auf der Flucht. Damit antworten die Zivilgesellschaft und lokale Parlamente auf das Versagen Europas und Deutschlands. Seebrücken statt Schlauchboote, sichere Häfen statt überfüllte Flüchtlingslager, Menschenwürde statt Elend und Verzweiflung! Doch die Antwort Deutschlands und Europas - ein „beschämender Minimalkonsens“ (ZEIT-online am 09.03.2020)!

„Alleine im Camp Moria auf Lesbos leben derzeit über 20.000 Menschen, ob-



Autor:

RÜDIGER HÖCKER
Zivilgesellschaftliches
Bündnis Seebrücke
Minden

Der BSV ist Mitglied in
der Seebrücke Minden.



Auftakt der Unterschriftensammlung der Seebrücke im Mindener Welthaus am 15. Juni 2019.



Übergabe der Unterschriftenlisten am 9. Juli 2019.
Fotos: Detlef Müller, Minden

wohl nur Platz für 3000 ist. Quarantäne, Hände-Waschen oder Social-Distancing sind wichtig, aber nicht möglich, wenn man in Moria leben muss. ... Bricht die Epidemie in einem solchen Lager aus, wird es fast unmöglich sein, Ansteckungsketten zu unterbrechen." (www.leavenoonebehind.de)

Die Staaten dieser Welt reagieren auf Corona nach der Devise: „Es kostet, was es kostet.“ Das muss auch für die Flüchtlingslager gelten. Schuldenbremsen fallen. Ein Rettungspaket jagt das andere und es werden Billionen dafür zur Verfügung gestellt. Das mag alles richtig und gut sein. Aber wo bleibt das Rettungspaket für hunderttausende an Europas Außengrenzen gestrandeter und in überfüllten Flüchtlingslagern zusammengepferchte Kinder, Frauen und Männer, Einzelpersonen und Familien? „Im Kampf gegen die Corona-Pandemie nimmt die Bundesrepublik vorerst keine Flüchtlinge mehr auf. Die humanitäre Aufnahme sei ‚bis auf Weiteres ausgesetzt‘, gab das Innenministerium laut einem Medienbericht bekannt.“ (Spiegel online am 18.03.2020) Doch gerade im Kampf gegen Corona wäre eine weitsichtige und sofortige Hilfe der Geflüchteten notwendig.

In den geheimen Archiven des Warschauer Ghettos befindet sich ein Dokument, das die Verzweiflung der Eingeschlossenen auf den Punkt bringt. „Weiß die Welt von unserem Leid? Und wenn sie es weiß, warum schweigt sie?“ Schweigen war das Kapital des Dritten Reiches. Mutig haben wir daraus eine Lehre gezogen: Nie wieder Krieg! Nie wieder Rassismus und Antisemitismus! Soziale Marktwirtschaft! Eine offene Gesellschaft! Viele von uns Älteren im zivilgesellschaftlichen Bündnis Seebrücke-Minden haben sich nach 1945 geschworen, nicht mehr zu schweigen, nicht mehr wegzusehen, nicht mehr zu meinen, Schweigen und Wegsehen würde irgendetwas verhindern. Es verhindert nichts. Es lässt nur zu, dass Gewalt siegt, dass Hass den öffentlichen Raum vergiftet, dass die rechte Szene in unserem Land hämisch feststellt: Schaut hin, sie alle sehen die Dinge wie wir. Mit Sorge nehmen wir die Angriffe auf die Demokratie wahr. Wir werden sie mit allen zivilgesellschaftlichen Mitteln verteidigen.

„Es kostet, was es kostet.“ Das muss auch für die Flüchtenden an Europas Außengrenzen und in den Lagern weltweit gelten. Die Menschen sind es uns wert. Ihre Not ist unsere Verpflichtung, das bisher Versäumte endlich zu wagen. „Deswegen fordern wir jetzt von EU-Kommission und den EU-Regierungen“ die „Evakuierung der überfüllten Flüchtlingslager und Unterbringung an Orten, in denen sie vor dem Virus geschützt sind.“ (www.leavenoonebehind.de)

LOVE-Storm

Start ins neue Jahr mit Fokus „Bildung“

Mit großer medialer Aufmerksamkeit hat bei LOVE-Storm das neue Jahr begonnen. Die im Dezember ausgeschiedene Kollegin Margaretha Eich hatte u.a. aufgrund ihres Engagements bei dem Projekt gegen Hass im Netz eine persönliche Einladung zum Neujahrsempfang des Bundespräsidenten erhalten, der dieses Jahr am 9. Januar stattfand. Diese indirekte Auszeichnung trug LOVE-Storm gleich zu Jahresbeginn Berichterstattung im NDR, auf sueddeutsche.de, heise.de und nwz-online.de ein. Auch das ZDF wurde aufmerksam und plant nun einen Fernsehbeitrag über die Bildungsarbeit von LOVE-Storm.

Bildungsarbeit mit neuer Koordinatorin

Für das Team in Lüchow wird ein solcher Bericht im öffentlich-rechtlichen Fernsehen die strategische Ausrichtung auf den Bildungsbereich im Jahr 2020 perfekt unterstützen. Schon jetzt gibt es mehr als 20 Workshopanfragen von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen für das laufende Jahr. Die Koordination der Trainings und anderer Projektaufgaben übernimmt als Nachfolgerin von Margaretha Eich ab März die Kulturwissenschaftlerin Lena Cornelius. Die gebürtige Wendländerin freut sich darauf, ihren Lebensmittelpunkt gemeinsam mit ihrer Familie aus Bremen wieder zurück in die Heimat zu verlegen.

Erster Dimidkü Workshop

Auch das LOVE-Storm Projekt Dimidkü („Die Mauern in den Kommentarspalten überwinden“) nimmt Fahrt auf. Am 7. Januar fand sich eine Gruppe von 10 Jugendlichen aus Lüchow-Dannenberg und Salzwedel in den Räumlichkeiten des Postlab in Lüchow ein, um sich unter Anleitung von Trainer Patric Dujardin mit den Mechanismen von Hass im Netz auseinanderzusetzen. Zentrales Anliegen von Dimidkü ist die Förderung der Diskussionskultur in den Online-Kommentarspalten der lokalen Medien beider Landkreise Lüchow-Dannenberg und Altmarkkreis-Salzwedel. Das Projekt wird von der Bundeszentrale für politische Bildung im Rahmen des Programms „Miteinander Reden“ gefördert und läuft noch bis Ende Oktober 2020. Es wendet sich an bildungsbenachteiligte Jugendliche mit dem Ziel, die Diskussionsforen lokaler Medien zu hassfreien Räumen zu entwickeln.

Suche nach Fördermitteln geht weiter

Wie es langfristig mit LOVE-Storm weitergeht, ist trotz der erfolgreich verlaufenen Spendenkampagne vor Weihnachten mit Einnahmen von mehr als 5.000 € derzeit noch ungeklärt. Projektleiter Björn Kunter ist dennoch zuversichtlich, dass sich im Laufe des Jahres ein öffentlicher Geldgeber finden wird. „Unser Trainings- und Bildungsansatz gegen Hass im Netz ist in Deutschland einmalig. Andere Projekte in unserem Themenbereich haben Fördermittel in Millionenhöhe erhalten – das zeigt, dass das Problem sehr ernst genommen wird. Ich gehe deshalb davon aus, dass auch uns über kurz oder lang eine Förderzusage gelingen wird.“



© Privat

Autorin:

BEATE ACHILLES

Öffentlichkeitsarbeiterin des Projektes „LOVE Storm“



© Marc Dietsmeier

Autor:

BJÖRN KUNTER

Gründer und Koordinator des Projektes „LOVE Storm“

In Paynesville (Minnesota) fand im Oktober der vierte Workshop von Nonviolent Peaceforce zu „guter Praxis im unbewaffneten zivilen Schutz“ (Ziviles Peacekeeping) statt.

Foto:
© Christine Schweitzer



Ziviles Peacekeeping in aller Welt

Gute Praxis im Zivilen Peacekeeping

„Ein Konzept der Sozialen Verteidigung gegen innergesellschaftliche Bewegungen, Ziviles Peacekeeping, Schutzbegleitung oder „unbewaffneter ziviler Schutz“, wie es im Englischen meist genannt wird, ist ein Praxisfeld, das sich immer weiter ausweitet. Seine Grundidee: Zivilist*innen können Menschen ohne die Androhung oder Anwendung von Gewalt schützen. Die Vorstellung, dass bei eskalierten Konflikten nur Gewalt – sprich: Militär – hilft, stimmt nicht. Das beweist die große Zahl von kleinen und großen Initiativen und Organisationen, die sich in diesem Feld dauerhaft engagieren. Sie sind:

- Gruppen, die im eigenen Land deeskalierend und schützend eingreifen. Sie bauen auf der Idee einer Shanti Sena auf, wie sie von Gandhi und seinem paschtunischen Mitstreiter Abdul Ghaffar Khan entwickelt wurden. Heute wird diese Art von Arbeit von vielen unterschiedlichen Initiativen in vielen Ländern praktiziert, von Bantay Ceasefire, einem philippinischen Netzwerk bis zu Cure Violence in den USA, das erfolgreich Schießereien in sozialen Brennpunkten reduziert.
- Friedensteams, die kurzfristig im eigenen Land aktiv werden und auf Anfrage z.B. Gewalt bei Demonstrationen verhindern. Ein Beispiel dafür sind die Meta Peace Teams aus den USA.
- Größere Organisationen und Friedensteams, die eine längerfristige Präsenz in Konfliktgebieten aufbauen. Zu ihnen gehören neben Nonviolent Peaceforce auch Peace Brigades International, das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina-Israel, Muslim Peacemaker Teams, Christian Peacemaker Teams und viele andere mehr.

Genauso unterschiedlich sind die Menschen, die als zivile Peacekeeper*innen tätig sind. Sie kommen aus allen Ländern der Welt, gehören allen Religionen



© Hanne Birckenbach

Autorin:

CHRISTINE SCHWEITZER

Geschäftsführerin des
BSV und Redakteurin
der Zeitschrift
„Friedensforum“



Ein Foto vom fünften Workshop in Bogotá vom Januar 2020. Dort kamen jene Organisationen zusammen, die in Mittel- und Südamerika Begleitschutz für Menschenrechtsverteidiger*innen und bedrohte Gemeinschaften organisieren.

Foto: © Christine Schweitzer

an, manche machen es als Beruf, andere als Freiwillige, und alle Geschlechter und Altersgruppen sind vertreten.

Nonviolent Peaceforce (NP) ist eine der internationalen Nichtregierungsorganisationen, die in den letzten zwanzig Jahren wesentlich zur Verbreitung des Konzepts und Professionalisierung der Praxis beigetragen haben. NP hat vor zwei Jahren einen mehrstufigen Prozess initiiert, bei dem es um das Erfassen von ‚Guter Praxis‘ im Zivilen Peacekeeping geht. Also darum, was man gelernt hat, was „funktioniert“, was man beachten muss und was die Probleme und Herausforderungen sind. Der erste Schritt des Prozesses war die Erstellung von vier Länderstudien (Südsudan, Palästina, Kolumbien und Mindanao), zusammengestellt von Ellen Furnari und unter dem Titel „Wielding Nonviolence in the Midst of Violence“ vom IFGK (www.ifgk.de) herausgegeben. Der zweite Schritt sind insgesamt sechs regional ausgerichtete Workshops, zu denen immer möglichst viele Organisationen und Gruppen eingeladen wurden, die in der jeweiligen Region tätig sind. Bislang haben fünf dieser Workshops stattgefunden (in Manila, Beirut, Nairobi, Paynesville/USA und Bogotá); der letzte (Europa) soll im Herbst 2020 folgen. Der Prozess wird 2021 mit einer großen internationalen Konferenz abgeschlossen.

Schon jetzt konnte eindrucksvoll nachgewiesen werden:

- Ziviles Peacekeeping kann Zivilbevölkerung in Kriegsgebieten und Aktivist*innen vor körperlichem Schaden bewahren.
- Es kann die Widerstandsfähigkeit von Zivilist*innen und Aktivist*innen stärken, sich vor Gewalt zu schützen.
- Es kann Menschenrechte schützen und die Einhaltung internationaler Normen stärken.
- Es kann zur Konflikttransformation beitragen, indem es Menschen Raum für die Lösung der Konflikte eröffnet.

„Gute Praxis“ im Zivilen Peacekeeping ist keine Blaupause, die man blind von einem Land auf ein anderes übertragen kann. Der erste Schritt muss immer eine Analyse der Situation vor Ort sein. Doch der Vergleich aus verschiedenen Regionen der Welt zeigt: Ziviles Peacekeeping ist ein effektives Instrument, Menschen zu schützen und damit Raum für Konflikttransformation zu schaffen.



Christine Schweitzer unterstützt NP in diesem Prozess durch die Dokumentation der Workshops. Die bisher erschienenen Berichte der Workshops können auf der Website von Nonviolent Peaceforce nachgelesen werden: <https://www.nonviolentpeaceforce.org/what-we-do/about-3/new-report->

Militärparade in der Türkei.

Foto: © Timo Vogt



Türkei: Für einen gewaltfreien Widerstand für Gerechtigkeit und Frieden Bedeutung der Kriegsdienstverweigerung

Immer wieder marschiert die türkische Armee in den Norden Syriens ein und besetzt Teile der vorwiegend kurdisch bewohnten Region, unterstützt von Truppen der islamistischen sogenannten Syrischen Nationalarmee. Im Oktober 2019 veröffentlichten im Exil lebende Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei einen Aufruf, in dem sie angesichts der Invasion dazu aufforderten: „Sag Nein, leiste Widerstand! Gehe nicht zum Militär!“ Sie machten zugleich deutlich: „Die Invasion ist ein völkerrechtswidriger Krieg. Sie verletzt internationales Recht. Diejenigen, die über die Besatzung entscheiden, diejenigen, die daran teilnehmen und diejenigen, die dafür Unterstützung anbieten, sollten wissen, dass sie Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen.“

Von Deutschland und der Europäischen Union wird die Türkei weiter gestützt. Aufgrund des Flüchtlingsdeals aus dem Jahr 2016 sind bislang insgesamt sechs Milliarden Euro an die Türkei geflossen. Weiter werden von Deutschland aus Waffen an Ankara geliefert, allein in den ersten acht Monaten 2019 im Wert von 250 Millionen Euro. All diese Waffen werden zur internen Repression und eben auch für die Kriege der Türkei eingesetzt. Das Regime unter Präsident Tayyip Erdoğan und somit auch seine Expansions- und Unterdrückungspolitik werden weiter unterstützt.

Kriegsdienstverweigerung ist in der Türkei, so machte es Halil Savda, einer der Unterzeichner des Aufrufes, im November 2019 auf einer Veranstaltung in Frankfurt/M. deutlich, ein Teil des Zivilen Ungehorsams: „Seit 1989 gibt es in der Türkei Kriegsdienstverweiger*innen. Sie waren nicht nur gegen die Wehrpflicht und den Militärdienst. Sie hatten auch die Perspektive von Freiheit, Gleichheit und einer fairen Zukunft als Teil einer gewaltfreien Praxis.“ Es gibt etwa 1.000



© Marvin Mendyka

Autor:

RUDI FRIEDRICH

Mitarbeiter von Connection e.V. und seit gut 25 Jahren aktiv zur Unterstützung von Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen weltweit.
www.Connection-eV.org

Männer und Frauen, die ihre Verweigerung in den letzten Jahren öffentlich gemacht haben. 2011 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht anerkannt, womit die Türkei verpflichtet ist, eine gesetzliche Regelung herbeizuführen. Die Türkei führt die Verfolgung von dienstpflichtigen Kriegsdienstverweigerer*innen jedoch weiter.

Darüber hinaus gibt es in der Türkei auch mehrere Hunderttausend Wehrpflichtige, die sich der Rekrutierung zu dem sechs Monate langen Militärdienst entziehen. Sie tauchen unter, leben über Jahre in einem „zivilen Tod“, wie es der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte nannte: Bei jeder Polizeikontrolle können sie verhaftet werden. Sie können keinen Pass erhalten, keine Wohnung anmieten, keinen offiziellen Job annehmen, nicht heiraten, ihre Kinder nicht anerkennen. Die Militärdienstentziehung ist eine breite Bewegung, eine Abstimmung mit den Füßen, die jedoch kaum öffentlich ist.

Im Herbst 2020 wollen wir Halil Savda zu Veranstaltungen nach Deutschland einladen. Er wird über die Lage im Südosten der Türkei und den Krieg berichten, sowie über die Grenzen und Möglichkeiten, wie Gruppen und Organisationen in der Türkei für Demokratie, Frieden und Menschenrechte arbeiten können.

Rudi Friedrich ist Mitarbeiter von Connection e.V. und seit gut 25 Jahren aktiv zur Unterstützung von Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen weltweit. www.Connection-eV.org



SHARE PEACE – FRIEDEN VERVIELFÄLTIGEN

Unser neues, von der Stiftung Umwelt und Entwicklung gefördertes Projekt „Share Peace – Frieden vervielfältigen“ richtet sich an Menschen, die in Nordrhein-Westfalen in der Bildungsarbeit tätig sind: in der Eine-Welt- oder Friedensarbeit, an Schulen, in Jugendgruppen, Volkshochschulen, Städtepartnerschaften, ehren- oder hauptamtlich. Da normale Workshops derzeit nicht stattfinden können, entwickeln wir Online-Formate. Mehr Informationen dazu auf unserer Website. Für den Herbst planen wir u.a. folgendes:

- **Share Peace. Konflikt und Frieden im Unterricht vermitteln**
Eine Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer
1. Oktober 2020 im Friedensbildungswerk Köln
- **Fachgespräch zu Ausbildung / Qualifizierung im Zivilen Peacekeeping**
10. Oktober im Haus Venusberg in Bonn
- **Studententag Konflikt und Nachhaltige Entwicklung (Arbeitstitel)**
30. Oktober 2020 im Langen August, Dortmund
Mit einem Impulsvortrag von Prof. Jürgen Scheffran.

Kontakt und Infos:

BSV-Bildungsreferent Krischan Oberle,
info@soziale-verteidigung.de



Der Koordinationskreis von
„Sicherheit neu denken“ im
Januar 2020.

Foto: © Ralf Becker



Initiative „Sicherheit neu denken“ Sicherheit neu denken oder sozial verteidigen?

In diesem Rundbrief wurde schon mehrmals über die Initiative „Sicherheit neu denken“ berichtet. Obwohl die Initiative im BSV wie in anderen Friedensorganisationen sehr begrüßt wurde, gibt es doch auch kritische Anfragen. Diese beziehen sich v.a. auf die Begriffe „Zivile Sicherheit“ und „Resiliente Demokratie“ für Inhalte, die doch eigentlich Soziale Verteidigung heißen müssten. Das mache es für BSV-ler*innen schwierig, mit diesem Szenario zu arbeiten und für es zu werben.

Soziale Verteidigung, so ließe sich sehr verkürzt sagen, hat in der Verteidigungsfrage räumlich gesehen den Blick vom Territorium auf die Gesellschaft und akteursbezogen von einem Staat mit Militär zu einer Gesellschaft mit gewaltfreiem Know-how und Praxiserfahrung geschoben. Der Begriff der Verteidigung gehe – so die Kritik in der AG Szenario - a priori von einem möglichen Angriff aus und benötige folglich ein Gegenüber, ein Feindbild womöglich. Dieses Problem ist bspw. auch auf der BSV-Jahrestagung 2018 aufgeworfen worden.

In dem Szenario wurde der Begriff „Zivile Sicherheit“ verwendet. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis aller Menschen, verbunden mit dem Schutz des Lebens und dem Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Ein solcher Blick auf Sicherheit wird mit den Adjektiven „menschlich“ oder, länderübergreifend, „gemeinsam“ verknüpft. Das Wörtchen „zivil“ ist einerseits mit den Akteur*innen verbunden, der Zivilgesellschaft, andererseits aber mit den nicht-militärischen Mitteln.

Das Wörtchen „sozial“ kann zwar den ersten Sachverhalt ausdrücken, aber nicht den zweiten. Schließlich wird in dem Szenario jene Säule, die am stärksten Inhalte einer Sozialen Verteidigung umreißt, mit dem Begriff „Resiliente Demokratie“ betitelt. Die Resilienz soll dabei die, z.T. noch zu erlernende Fähigkeit der Bürger*innen ausdrücken, die demokratischen Werte und Institutionen-



© Sabine Hebelmann

Autor:

STEPHAN BRÜES

Co-Vorsitzender des
BSV und Mitglied der
Arbeitsgruppe
„Sicherheit neu denken“



„Sicherheit neu denken“ war ein wichtiges Thema auf der Tagung der DFG-Vk im November 2019.

Foto:
© Michael Schulze von Glaßer

mitgewaltfreien Mitteln zu sichern und weiterzuentwickeln und dabei all jenes zu fördern, was dem äußeren und inneren Frieden dient. Dabei geht es auch darum, dass die Zivilgesellschaft die verschiedenen politischen Bereiche daraufhin abklopft, ob und wie sie zu Gewalt beitragen, und Maßnahmen entwickelt, diese negativen Beiträge abzustellen, z.B. über Aktionen in Büchel oder gegen Rüstungsfirmen – oder z.B. durch die Unterstützung des Lieferkettengesetzes.

Bei aller verständlicher Kritik an dem Szenario sollte nicht vergessen werden, dass der BSV für die Frage der konkreten Alternativen zur militärischen bzw. gewaltvollen Konfliktaustragung als DIE Kompetenz schlechthin angesehen wird.

Und die können wir auch in das einbringen, was gerade als Bildungs- und Vernetzungsinitiative für eine Zivile Sicherheitspolitik im Entstehen begriffen ist.

Drei Beispiele aus der letzten Sitzung des Koordinierungskreises vom 27./28.01.2020:

Es gibt eine Projekt-AG Sammelband, die Kritik an und Vorschläge zur Weiterentwicklung des Szenarios zusammengetragen und publizieren will.

Angelika Wilmen (IPPNW) und Roland Blach (DFG-VK) haben eine AG Wahl 2021 angestoßen, bei der sie gezielt die Grünen auf ihrem Weg zu einem Partei- bzw. Wahlprogramm auf das Thema Mittelumschichtung von der Bundeswehr zu Ziviler Konfliktbearbeitung (im weitesten Sinne) ansprechen wollen. Den Anwesenden sind dabei die jährlichen Infopapiere zum Rüstungs- und ZKB-Haushalt des BSV in Erinnerung geblieben, sodass diese als Ressource gerne angefragt werden. Auch muss sich die AG überlegen, was sie den Politiker*innen auf deren Frage antworten, was denn genau im Rahmen des ZKB gefördert werden könnte. Dazu könnte der BSV die Anfragen aus den verschiedensten Ländern beitragen, die z.B. die Nonviolent Peaceforce erhält, aber aus Geldmangel weder vorbereiten noch durchführen kann.

Der andere Bereich ist die Bildungsarbeit. Hier wurde eine Bildungs-AG eingerichtet, deren Ansprechpartner Stephan Maass und Kerstin Deibert sind. Die AG soll die verschiedenen Ideen für Bildungsmaterialien, die von Organisationen eingebracht werden, koordinieren bzw. miteinander abstimmen. Die Initiative „Sicherheit neu denken“ wird auf ihrer Homepage jene Materialien aktiv bewerben, die – egal, wie groß – einen Hinweis/Logo auf „Sicherheit neu denken“ haben. Dieses könnte z.B., zunächst in einer pdf-Version, mit dem aktuellen BSV-Unterrichtsmaterial geschehen.



Infos über mögliche Aktivitäten, die fachlichen und regionalen AGs usw. finden sich auf der Seite https://www.ekiba.de/html/content/szenario_sicherheit_neu_denken.html#drei.

“

Auf Regen folgt Sonnenschein und im Sonnenschein vergisst man den Regen. Auch nach Erdbeben und Vulkanausbrüchen bauen die Menschen auf der Schuttstätte wieder neue Wohnungen auf und denken nicht an die Gefahr, dass die überstandene Katastrophe sich wiederhole. Ein Hauptbestandteil unserer Lebensenergie scheint in der Vergesslichkeit zu liegen.

Bertha von Suttner (1843 - 1914),
Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte,
1889. 1. Band, S. 259

”



Bund für Soziale Verteidigung
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de